

**(Abgeordneter Ruffel.)**

A) werksdirektoren den Beamten ihr Gehalt sicher sei. Als diese ersten Verhandlungen nicht zum Ziele führten, da kamen die weiteren Bestrebungen, die Sozialisierung der Betriebe zu beschleunigen. Auch wir wissen, daß man in 8, 14 Tagen nicht restlos sozialisieren kann. Die Arbeiterschaft verlangt weiter nichts, als den Weg zur Sozialisierung zu ebnen, endlich die Vorarbeiten zu erledigen, die Sozialisierung in Angriff zu nehmen.

Dann kam der Ausstand der Bergarbeiter, und der Streik in Leipzig ist lediglich ein Sympathiestreik für die Durchführung der berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft.

Das Schreckbild, das der Herr Kollege Dr. Wientke-Glückert von Leipzig gezeichnet hat, bedarf einer sehr starken Ernüchterung. Wenn man von den wilden Gerüchten spricht, die überall schwirren, soll man nicht auf die wilden Gerüchte hineinfallen. Es ist das Recht der Arbeiter, durch die Verweigerung ihrer Arbeitskraft ihre wirtschaftlichen wie ihre politischen Ziele zu verfolgen. Dafür treten wir ein. Wir stehen nicht auf dem Standpunkte, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht ist. Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, wie die Arbeiter geradezu beleidigt worden sind als Faulenzer und als Leute, die arbeitslos seien, von Kollegen, die sich gar nicht in den Gedankenkreis eines Arbeiters versetzen

B) können.

Während des Krieges hat man dem Arbeiter das Streikrecht genommen, hat ihn mit Hilfe des Hilfsdienstgesetzes an den Betrieb gefesselt, und trotz aller Widerstände haben große Teile der Industriearbeiterschaft sich das Streikrecht nicht beschneiden lassen, trotz aller behördlichen Verfolgungen, trotz der Aussicht, sofort als B 18er in den Schützengraben exportiert zu werden, auf administrativem Wege abgeurteilt zu werden in Deutschland wie in Rußland. Nun ist diese alte Zwangsjacke gefallen. Aber da die politischen Ziele der Arbeiterschaft zu versanden drohen, ganz besonders in Weimar, wo die Kriegshexen von ehedem heute in der Regierung sitzen, wäre ohne den eindrucksvollen Willen der Arbeiterschaft das Zugeständnis nicht erreicht worden, von dem uns Dr. Gradnauer jetzt Mitteilung machte, daß die Reichsregierung ein Gesetz in Aussicht gestellt hat, das in nächster Zeit erscheinen und die Neuregelung der A- und S-Räte sichern soll. Die Inangriffnahme der Sozialisierung ist lediglich auf den Druck der Arbeitermassen zurückzuführen. Denn wie man schon bei dem Reichsrätekongreß im Dezember 1918 am liebsten das Referat über die Sozialisierung gar nicht halten wollte, glaubte man auch in Weimar die Sozialisierung auf spätere Zeit verschieben zu können.

Gegenüber diesen Versuchen, die ich für die Klassenvertretung der besitzenden Klassen sehr wohl als in ihrem Interesse berechtigt anerkenne, hat die Masse der Arbeiterschaft kein anderes Mittel als den Streik, und wer sich gegen das vitale Recht des Streiks wendet, wird von der Masse der Arbeiterschaft weggefegt werden.

Die Nationalversammlung ist nur die Organisation des Bürgertums in der neuen Auflage wie im alten Reichstage. Das ganze Bild ist ja fast unverändert. Dagegen müssen die Arbeiter ihre Forderungen erheben: Durchführung der sozialistischen Republik. Wie im Ruhrgebiet, in Berlin, in Schlesien, so hat jetzt auch die Arbeiterschaft des mitteldeutschen Kohlengebiets das letzte Mittel ergriffen, um ihre Forderungen durchzudrücken, und in Leipzig hat während des Krieges die Arbeiterschaft verschiedene politische Streiks durchgeführt, um die Politik der Reichsregierung zu beeinflussen. Daß jetzt die Leipziger Arbeiterschaft nicht zurücksteht, ist so erklärlich wie nur etwas. Wer aber nun behauptet, daß die Arbeiter nur durch die Gewalt der bewaffneten Macht zum Streik getrieben worden sind, der muß den Beweis dafür hier antreten.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen.)

Diese Behauptung ist nicht wahr. Es stimmt auch nicht, wie dem Herrn Dr. Gradnauer berichtet worden ist, daß erst durch die Waffengewalt der Bahnbetrieb eingestellt worden ist. Ich kenne die Stimmung der Leipziger Arbeiterschaft ziemlich genau und weiß, wie seit Wochen in den Arbeiterkreisen die Möglichkeit des politischen Generalstreiks besprochen worden ist und wie auch unter den Eisenbahnern erklärt wurde, daß sie Mann für Mann sich dem politischen Streik anschließen werden. Wenn nicht restlos der letzte damit einverstanden ist, ist dies bei dieser Kategorie von Arbeitern, denen man bis zum Ausbruche der Revolution das Koalitionsrecht vorenthielt, nur selbstverständlich. Ebenso sind die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke ja nicht das erstemal in den Streik getreten, das erstemal wohl in den politischen Streik, aber die wirtschaftlichen Streiks haben sie bereits hinter sich.

Um auf die Stilllegung der Bahn einzugehen, ist noch eine andere Lesart festzustellen. Als die Eisenbahner in den Streik eintraten, erklärten sie sich bereit, nach allen Seiten hin Züge fahren zu lassen, um die Personen, die in Leipzig nicht ansässig sind, nach ihrer Heimat zu befördern. Diesem Versuch ist die Beamtenerschaft entgegengetreten,

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen.)